

LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18 WAHLPERIODE

**STELLUNGNAHME
18/1606**

A15, A05

RUHR
UNIVERSITÄT
BOCHUM

RUB

RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM | 44780 Bochum | Germany

Landtag Nordrhein-Westfalen
Referat I.A.2
Z. Hd. Susana Fernandez de Liger
Postfach 10 11 43
40002 Düsseldorf

**FAKULTÄT FÜR
SOZIALWISSENSCHAFT
Professur Didaktik der sozial-
wissenschaftlichen**

Bildung

Gebäude GD E2/165

Universitätsstraße 150, 44801

Bochum Prof. Dr. Karim

Fereidooni

Telefon +49 (0)234 32-28808

Fax +49 (0)234 32-14915

Karim.Fereidooni@rub.de

<http://www.sowi.rub.de/sowifd/>

Ihr Zeichen Ihre Nachricht vom	Unser Zeichen Unsere Nachricht vom	Datum 23.06.2024
---	---	-----------------------------

**Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
Drucksache 18/8433
Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 2. Juli 2024**

Sehr geehrte Empfänger*innen,

ich danke Ihnen für die Einladung als Sachverständiger für die Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung am 02.07.2024 zum Thema „Vermittlung demokratischer Werte und Strukturen zukunftsfest stärken“ im Landtag NRW.

Ich werde digital an der Sitzung teilnehmen und bitte um die Zusendung des Links.

Auf diesem Wege sende ich Ihnen meine schriftliche Stellungnahme zu, die zwei Teile beinhaltet:

Teil eins umfasst die folgende Monographie:

- Pösl, Nora/Fereidooni, Karim (2024): Existierst du nur oder partizipierst du schon? Demokratie- und Partizipationseinstellungen von geflüchteten und nicht geflüchteten Schüler*innen mit und ohne Migrationshintergrund an Berufskollegs. Wochenschau Verlag.

Ich habe Ihnen per Mail das E-Book zugesendet. Sie werden die wichtigsten Ergebnisse unserer dreijährigen Forschung auf den Seiten zehn bis 26 finden, sodass Sie sich nicht das gesamte Buch durchlesen müssen.

Im zweiten Teil meiner schriftlichen Stellungnahme gehe ich auf die folgenden Punkte ein:

Maßnahmenkatalog „Demokratische Werte und Strukturen stärken“

Ausbildungsinhalte ergänzen

- 1) Die Landesregierung sollte das LABG (Lehrerausbildungsgesetz)¹ unbedingt ergänzen, damit die Auseinandersetzung mit Demokratiefeindlichkeit und die Beschäftigung mit unterschiedlichen Ungleichheitsstrukturen (Ableismus, Adultismus, Antisemitismus, Klassismus, Rassismus, Sexismus, Queer- und Transfeindlichkeit) in der 1. und 2. Phase der Lehrer*innenausbildung stärker strukturell verankert und mehr als bislang fokussiert werden können. Durch die Veränderung des LABG werden Bildungswissenschaftler*innen und Fachdidaktiker*innen gezwungen, sich mit angehenden Lehrer*innen fachspezifisch über Phänomene der Demokratiefeindlichkeit und (gruppenbezogener) Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen.

Konzepte der Demokratiebildung (weiter)entwickeln

- 2) Die Landesregierung sollte Expert*innenkommissionen aus Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen der Bildungsgewerkschaften, sowie Eltern-, Lehrer*innen- und Schüler*innenvertreter*innen zur Erarbeitung von drei Landeskonzepten implementieren:

I) Konzept zur Verbesserung der schulischen Arbeit in multiprofessionellen Teams (Lehrkräfte, Schulsozialarbeit, Schulpsychologie und Systemberatung Extremismusprävention): Die systemischen Zwänge der Bildungsinstitution Schule führen dazu, dass die Anforderungen an Lehrer*innen weiter zunehmen. Deshalb muss gewährleistet werden, dass jede Schule die Möglichkeit der multiprofessionellen Zusammenarbeit erhält. Lehrer*innen, Schulsozialarbeiter*innen, Schulpsychologie sowie die Systemberatung Extremismusprävention müssen die Herausforderungen des Alltags gemeinsam bewältigen.

II) Konzept der Verbesserung der schulischen mit der außerschulischen Demokratiebildung: Insbesondere Gedenkstättenfahrten bedürfen einer verbesserten schulischen und außerschulischen Vor- und Nachbereitung.

III) Konzept der schulischen Kooperation mit Familienbildungsstätten: Die Stärkung der Kooperation der Schulen mit Eltern dient dazu, demokratiefeindliche Einstellungen in den Elternhäusern entgegenzuwirken. Insbesondere die Arbeit der Familienbildungsstätten im Bereich der Demokratiebildung muss finanziell und personell gefördert werden.

¹ Die Landesregierung sollte im Zuge der Erweiterung des LABG den Namen diversitätssensibel in Lehrer*innenausbildungsgesetz verändern, damit sich auch Menschen inkludiert fühlen, die sich weder als Frau noch als Mann betrachten.

Curricula überarbeiten

- 3) Die Landesregierung sollte fachspezifische Expert*innenkommissionen – zusammengesetzt aus Wissenschaftler*innen, Vertreter*innen der Bildungsgewerkschaften, sowie Eltern-, Lehrer*innen- und Schüler*innenvertreter*innen – einrichten, die unterschiedliche fachspezifische schulische Curricula dahingehend analysieren, wie Demokratiebildung fachspezifisch verstärkt werden kann. Eine zweite Zielsetzung dieser Fachkommissionen ist eine „Entschlackung“ der Curricula, sodass mehr Zeit für die schulische Vermittlung von demokratischen Kompetenzen geschaffen werden kann. Derzeit haben Lehrer*innen oftmals keine Zeit, um auf aktuelle politische Ereignisse einzugehen. Dies muss sich verändern, indem in den Curricula Raum für die Thematisierung aktueller Geschehnisse eingeräumt werden muss.

Politische Bildung: Anteil fachfremden Unterrichts verringern/Stundendeputat erhöhen

- 4) Die Landesregierung muss sich dafür einsetzen, dass der Anteil des fachfremden Unterrichts im Fach Wirtschaft/Politik bzw. Sozialwissenschaft verringert und das Stundendeputat für dieses Fach erhöht wird. Derzeit wird Wirtschaft/Politik bzw. Sozialwissenschaft an Gymnasien zu einem Drittel und an Realschulen und Gesamtschulen zu fast zwei Drittel fachfremd unterrichtet (vgl. MSW NRW 2017). Politische Bildung und Demokratiebildung müssen von grundständig ausgebildeten Lehrer*innen durchgeführt werden.

Studie(n) überprüfen/in Auftrag geben

- 5) Die Landesregierung sollte die Vergabe der Evaluation zum islamischen Religionsunterricht nicht als Anlass nutzen, um die politischen Einstellungen alleinig dieser Schüler*innen zu untersuchen. Pädagogische Professionelle besitzen die Verantwortung, alle Schüler*innen gleichermaßen wertzuschätzen, aber demokratiefeindliche und menschenverachtende Positionen gleichermaßen abzulehnen. Von muslimischen Kindern geht nicht mehr oder weniger Gefahr aus als von nicht-muslimischen. Diese Studie wird von vielen muslimischen Eltern und Schüler*innen als „Gesinnungstest“ abgelehnt. Einige Eltern überlegen gar, ihre Kinder von diesem Unterricht abzumelden, damit ihre Kinder nicht an der Studie teilnehmen müssen. Die Landesregierung muss diese berechtigte Kritik ernst nehmen. Eine Studie zum Thema Demokratie- und Partizipationseinstellungen von Schüler*innen sollte möglichst alle Schüler*innen einbeziehen (vgl. Pösl/Fereidooni 2024).
- 6) Die Landesregierung sollte eine Studie in Auftrag geben, die sich mit der Frage beschäftigt, warum und wie sich Kinder und Jugendliche rechtsextrem und islamistisch radikalisieren. Diese Studien sind notwendig, weil empirische Befunde die Basis von praxisrelevanten Handlungsempfehlungen für die schulische und außerschulische Lehrer*innenaus- und -fortbildung sind.
- 7) Die Landesregierung sollte eine Schulbuch-Studie in Auftrag geben, die sich mit der Darstellung von Menschen beschäftigt, die in ihrem Alltag Diskriminierung erfahren. Diese Fragen sollten fokussiert werden: Wie werden queere Menschen, jüdische Menschen, muslimische Menschen, Schwarze Menschen oder Sinti*zze und Rom*nja in Schulbüchern dargestellt? Die Erkenntnisse können für die Entwicklung von zukünftigen Schulbüchern eingesetzt werden.
- 8) Die Landesregierung sollte eine Studie zur Wirksamkeit der Systemberatung Extremismusprävention in Auftrag geben und die Erkenntnisse für die Verbesserung dieses Instruments der Demokratiebildung nutzen.

Finanzierung der Demokratiebildung stärken

- 9) Demokratiebildung ist ein überfachliches Konzept für das nicht nur Geschichts- und Politiklehrkräfte verantwortlich sind. Deshalb sollte die Landesregierung den Universitäten und Zentren für schulpraktische Lehrer*innenbildung finanzielle Unterstützung für die Durchführung von „Demokratietagen“ zur Verfügung stellen. Darüber hinaus benötigen Universitäten und ZfsL für die Etablierung eines Zusatzzertifikats „Umgang mit Demokratiefeindlichkeit“ finanzielle Unterstützung von der Landesregierung. Sowohl der „Demokratietag“, an dem unterschiedliche fachspezifische Workshops stattfinden, als auch das Zusatzzertifikat steht allen angehenden Lehrer*innen ungeachtet ihrer Fächerkombination zur Verfügung.

- 10) Die Landesregierung sollte die Fortbildungsbudgets der Schulen zum Themenfeld „Demokratiebildung“ und „Kampf gegen Menschenfeindlichkeit“ erhöhen, damit Schulen Fortbildungsveranstaltungen zu diesem Themenfeld durchführen und dadurch den Kompetenz- und Haltungsaufbau der Lehrer*innen intensivieren können. Lehrer*innen dürfen nicht mit Demokratiefeindlichkeit (sei es Islamismus, Antisemitismus oder Rassismus) allein gelassen werden, vielmehr müssen sie im Zuge von Lehrer*innenfortbildungen umfassende, fächerübergreifende Konzepte und Strategien der Thematisierung demokratiefeindlicher Einstellungen erlernen. Demokratische Wertevermittlung ist eine zentrale Querschnittsaufgabe aller Lehrerinnen, ungeachtet ihrer Unterrichtsfächer. Wünschenswert ist eine Verpflichtung zur Weiterbildung von Lehrern und Lehrerinnen – analog zur Ärzteschaft –, sodass sie in einem bestimmten Zeitraum eine bestimmte Anzahl von Fortbildungspunkten sammeln müssen.

- 11) Die Landesregierung sollte sich bei der Bundesregierung für ein Sondervermögen für die Bildung einsetzen, um mehr Lehrer*innen einzustellen. Derzeit unterrichten Lehrer*innen zu viele Stunden pro Woche in zu großen Klassen. Aus diesem Grund können Lehrer*innen ihrer Fülle an Aufgaben nicht mehr gerecht werden und es kommt derzeit zu einer Überdehnung der Kompetenzen der Lehrer*innen, weil die Anforderungen immer weiter steigen. Die Reduktion des Stunden-deputats auf 15 Stunden pro Woche und die Reduzierung der Klassengröße in Regelschulen auf max. 15 Schüler*innen, ist notwendig, damit die Schüler*innen individuell gefördert werden können. Der schulische Unterricht ist derzeit auf Bildung aber wenig auf Bindung ausgelegt, weil Lehrer*innen aufgrund der vielfältigen Überforderungssituationen wenig Zeit haben, um Bindungsarbeit zu leisten. Zudem haben Lehrer*innen oftmals keine Zeit an Fortbildungen teil zu nehmen.

Lehrer*innen schützen

- 12) Die Landesregierung sollte Lehrer*innen, die sich in sozialen Medien für Demokratiebildung, gegen Rechtsextremismus und Islamismus, einsetzen besser schützen, indem Schulleitungen darüber aufgeklärt werden, dass der Kampf gegen Menschenfeindlichkeit nicht gegen ein vermeintliches Neutralitätsgebot verstößt. Derzeit berichten Lehrer*innen, die sich für demokratische Strukturen einsetzen davon, dass ihnen von ihrer Schulleitung Steine in den Weg gelegt werden. Das darf nicht sein. Die Stellungnahme von drei lehrer*innenbildenden Verbänden sollte deshalb flächendeckend an die Schulen in unserem Bundesland verschickt werden (GPJE et al. 2018). Die Landesregierung sollte Lehrer*innen und Schulleitung ermutigen, sich für unsere Demokratie und gegen Menschenfeindlichkeit einzusetzen.

Extremistische Lehrer*innen entlassen

13) Die Landesregierung NRW sollte sich mit allen Ebenen und Institutionen absprechen, einen klaren Fahrplan entwickeln und diesen kommunizieren, der darauf abzielt, extremistische Lehrer*innen vom Dienst zu entlassen. Grundlage hierfür könnte u.a. die Reform des Bundes-Disziplinarrechts vom 1.04.2024 (vgl. BMI Bund) sein.

Mit freundlichen Grüßen



Literatur

- BMI (2024): Reform des Disziplinarrechts tritt in Kraft: Extremisten schneller aus dem öffentlichen Dienst entfernen. Abrufbar unter: <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/03/inkrafttreten-disziplinarrecht.html>
- GPJE, DVPB und DVPW (2018): Gemeinsame Stellungnahme zur AfD-Meldeplattform „Neutrale Schulen“. Abrufbar unter: http://dvpb.de/wp-content/uploads/2018/10/Stellungnahme-GPJE_DVPB_DVPW-Sektion.pdf
- Ministerium des Innern des Landes NRW: Gesetz über die Ausbildung für Lehrämter an öffentlichen Schulen (Lehrerausbildungsgesetz – LABG). Abrufbar unter: https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_bes_text?anw_nr=2&bes_id=12764
- Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Das Schulwesen in Nordrhein-Westfalen aus quantitativer Sicht 2016/17, Düsseldorf 2017, S. 128-130. Abrufbar unter: https://www.schulministerium.nrw/sites/default/files/documents/Quantita_2016.pdf
- Pösl, Nora/Fereidooni, Karim (2024): Existierst du nur oder partizipierst du schon? Demokratie- und Partizipationseinstellungen von geflüchteten und nicht geflüchteten Schüler*innen mit und ohne Migrationshintergrund an Berufskollegs. Wochenschau Verlag.